

Kinderbetreuung, Entlohnung und Rente – Säulen für soziale Absicherung von Frauen

LandFrauen fordern zum 100. Internationalen Frauentag bessere Rahmenbedingungen

„Frauen leisten nach wie vor den Hauptanteil an der Familienarbeit. Im ländlichen Raum sind sie häufig berufstätig und ehrenamtlich engagiert. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, muss gerade die Betreuung der kleinsten Kinder bis zu drei Lebensjahren ausgebaut werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist in vielen Tätigkeitsfeldern noch nicht umgesetzt. Das Lohngefälle hat für Frauen im Alter harte Konsequenzen. Dies verschärft sich durch die Erhöhung des Rentenalters mit 67 Jahren. Diese Bilanz am hundertsten Internationalen Frauentag zeigt, es gilt noch einiges auf den Weg zu bringen“, so Hannelore Wörz, Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg Baden, am 8. März in Stuttgart. Der Verband vertritt über 55.000 Frauen im ländlichen Raum.

Baden-Württemberg hat im Vergleich der alten Bundesländer die höchste Erwerbsquote von Müttern mit unter Dreijährigen. Das Betreuungsangebot liegt jedoch mit 15,8 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt. Am deutlichsten ist der Nachholbedarf im ländlichen Raum zu spüren. Nur jede fünfte Mutter kam mit ihrem Betreuungswunsch zum Zuge. Es zeichnet sich ab, dass die derzeitigen Sparmaßnahmen der Kommunen künftig eher zu einer Reduzierung des bestehenden Angebotes führen als zu dessen Ausweitung.

Der LandFrauenverband fordert nachdrücklich „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Deutschland gehört zu den Schlusslichtern der Europäischen Union, in denen das Lohngefälle immer noch mehr als 23 Prozent beträgt. Frauen sind außerdem überdurchschnittlich häufig in Berufen mit niedrigen Löhnen vertreten. Kürzere Erwerbsbiographien und ein geringerer Lebensarbeitsverdienst führen bei Frauen zu einer niedrigen Rente und dadurch in die Altersarmut. Die durchschnittliche Frauenrente liegt derzeit um 50 Prozent niedriger als die der Männer.

Deshalb fordert der LandFrauenverband Württemberg-Baden nachdrücklich:

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Zukunftsthema für die moderne Gesellschaft.
- Die Weiterführung des Ausbaus der Betreuungsangebote auch für unter Dreijährige.
- Die längst fällige Lohnanpassung von Frauenlöhnen bei gleichwertiger Arbeit.
- Rücknahme des erhöhten Rentenalters ab 67.
- Die Anerkennung der dreijährigen Erziehungszeiten auch für Geburten vor 1992.
- Das Hinwirken auf die verstärkte Erhaltung von Beschäftigungschancen für Frauen über 50 durch Politik und Wirtschaft.

Stuttgart, 8. März 2010